

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pabr d



Inhalt

Rainer Offergeld MdB, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, sieht eine Chance in Cancun: Freimütige Diskussion notwendig. Seite 1

Hans-Jürgen Wischnewski MdB würdigt Willi Eichler: Den Einzelnen zu Freiheit und Selbstbestimmung befähigen. Seite 3

Helmut Rohde MdB zum neuen Gewerkschaftsanlauf der CSU: Letzter Versuch? Seite 5

Renate Schmidt MdB fordert die Abschaffung des Ehegatten-Splitting: Höchsten zweifelhafte Regelung. Seite 6

Anke Martiny MdB schildert einen Ladenhüter im Verbraucherschutz: Bundesregierung am Zug. Seite 7

Klaus Kübler MdB kritisiert die Preiserhöhung der Ruhrkohle: Zurückhaltung wäre besser. Seite 9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 201

21. Oktober 1981

Freimütige Diskussion notwendig

Cancun ist eine Chance für Nord und Süd

Von Rainer Offergeld MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die tiefe Kluft zwischen den Industrieländern des Nordens und den Ländern mit Massenarmut im Süden, die zunehmenden Unterschiede zwischen den Entwicklungsländern, die Ungleichheiten innerhalb vieler Entwicklungsländer - das alles birgt gewaltigen Konfliktstoff. Angesichts der gegenseitigen Abhängigkeit und weltweiter wirtschaftlicher Verflechtung sind alle Staaten von solchen Konflikten mitbetroffen. Sicherheit und Frieden sind nicht nur von militärischem Gleichgewicht abhängig, sondern auch von der friedlichen Lösung der drängenden Nord-Süd-Probleme. Das Gipfeltreffen in Cancun kann auf diesem Weg einen Schritt weiterführen.

Beim Treffen in Cancun gibt es keine Tagesordnung, keine Kompanien von Beratern, keine Protokolle und keine langen Kommuniqués in der feinen Sprache der Diplomaten. Der Charakter des Treffens ist bewußt informell. Mit 22 Staaten ist der Kreis klein. So wichtig die teilnehmenden Staaten im Nord-Süd-Dialog auch sind, so wenig können sie für andere sprechen. Jeder Staats- und Regierungschef vertritt in Mexiko nur sein eigenes Land.

Ich erwarte von dem Treffen in Cancun eine freimütige Diskussion über die wichtigsten Probleme der Nord-Süd-Beziehungen. Das direkte Gespräch der politischen Führer und der

Umweltfreundliche
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



offere Austausch von Meinungen erleichtern es, die Sorgen und Probleme des anderen zu verstehen und die Einsicht in die gegenseitige Abhängigkeit zu vertiefen. Persönlicher Kontakt und Verständnis für einander können Grundlagen schaffen, um den Problemen zu begegnen, denen sich Industrie- und Entwicklungsländer gemeinsam gegenübersehen.

Ohne stärkeres wirtschaftliches Wachstum in den Industrieländern wird es nicht möglich sein, die Lage in den Entwicklungsländern nachhaltig zu verbessern. Stärkere Integration in den Welthandel kann wesentlich zum wirtschaftlichen Fortschritt beitragen. Die Energiefragen müssen gemeinsam gelöst werden. Dazu ist ein langfristiger Dialog zwischen Verbrauchern und Erzeugern notwendig. Das Welternährungsproblem muß vor allem dort gelöst werden, wo der Mangel auftritt: in den Entwicklungsländern. Sie müssen ihre Ernährung selbst sichern können. Allein werden viele Entwicklungsländer jedoch die Probleme nicht bewältigen können. Gemeinsame Anstrengungen von Industrie- und Entwicklungsländern sind daher unumgänglich. Bevölkerungswachstum und das weltweit gefährdete ökologische Gleichgewicht werden in Mexiko ebenso eine Rolle spielen wie der wirtschaftliche Strukturwandel, bei uns wie in den Entwicklungsländern.

Durch das Gipfeltreffen allein werden die Probleme nicht gelöst werden können. Die Nord-Süd-Kommission schreibt in ihrem Bericht, der Gipfel könne zum Verständnis dessen führen, was notwendig und machbar und wie beides in Einklang zu bringen ist. Wenn der Gipfel starre Positionen bewegt und Vertrauen erzeugt, wenn er politische Impulse hervorbringt, wenn er den Blick dafür schärft, daß die Menschheit in einem Boot sitzt, Nord und Süd, dann hat er viel erreicht.

(-/21.10.1981/ks/bgy/ca)

+ + +



Willi Eichlers Fragen bleiben aktuell

Den Einzelnen zu Freiheit und Selbstbestimmung befähigen

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Stellvertretender SPD-Vorsitzender

Die Fähigkeit der Menschen, sich zu erinnern, ist, jedenfalls auf die Politik bezogen, höchst kurzatmig. Dies trifft wohl auch, was die Allgemeinheit jedenfalls angeht, auf Willi Eichler zu, der vor zehn Jahren verstorben ist.

Willi Eichler wurde am 7. Januar 1886 in Berlin geboren und starb am 17. Oktober 1971 in Bonn. Zwischen diesen beiden Daten verläuft ein außergewöhnliches Leben eines außergewöhnlichen Menschen.

Willi Eichler war nach seiner Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg mehrere Jahre Sekretär des Göttinger Philosophen Leonhard Nelson. Er war der Organisation des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). 1933 mußte Willi Eichler Deutschland verlassen. Er lebte zunächst in Paris und später in London. Hier nahm er Kontakte mit deutschen Sozialdemokraten wie Fritz Heine, Erich Ollenhauer, Hans Vogel und auch mit der britischen Labour-Party sowie mit geflohenen Sozialisten aus von Hitler besetzten europäischen Ländern auf.

1941 wurde in London die Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien gegründet, die die SPD, die Sozialistische Arbeiterpartei (SPA), den ISK und die "Gruppe Neubeginnen" umfaßte. London wurde während des Krieges zu einem Zentrum des Widerstandes gegen das Hitler-Regime.

Die Union deutscher Sozialisten gewann Bedeutung, als eine Gruppierung die Vorstellungen für den Neuaufbau Deutschlands und programmatische Grundlagen des demokratischen Sozialismus entwickelte.

In der Emigration in Großbritannien hat die Programmdiskussion der Sozialdemokratie begonnen, die viele Gedanken der Programme von Dortmund, Berlin und Codesberg vorweggenommen hat.

Das Verdienst Willi Eichlers an der Entstehung des Codesberger Programms ist häufig beschrieben, besprochen und gewürdigt worden. Er hat die Nachkriegsprogrammatik der SPD in entscheidender Weise mitbestimmt. Was dabei weniger bekannt ist, ist die Tatsache, daß die Bildungs- und Kulturpolitik für Willi Eichler ein ebenso wichtiges Arbeitsgebiet war.



Demokratischer Sozialismus war für ihn nicht nur eine Organisationsidee, sondern auch ein Prozeß der Erziehung und Bildung des einzelnen Menschen in einem den ganzen Menschen umfassenden Verständnis, das heißt eine Erziehung, die nicht nur auf den Intellekt ausgerichtet ist, sondern auch seine Gefühle und ästhetischen Empfindungen einbezieht. Er war der festen Überzeugung, daß die Entwicklung der reichen Anlagen und Fähigkeiten jedes einzelnen im Interesse aller liegt. Hier in der SPD konzentrierte sich Willi Eichler auf Fragen der Kulturpolitik und der politischen Bildung.

Seine Reden und Veröffentlichungen umkreisten immer wieder die Frage: "Wie können politische Eingriffe in den Prozeß menschlicher Bildung legitimiert werden? Wie können sie in komplizierten Organisationsgefügen dazu beitragen, das Individuum zur Freiheit und zur Selbstbestimmung zu befähigen?"

Die letzte Frage hat an brennender Aktualität nicht verloren.

Wer mit Willi Eichler längere Zeit politisch zusammenarbeiten konnte, dem fallen in diesem Zusammenhang Begriffe wie Toleranz, Empfindsamkeit, Verständnis und Geduld ein. In diesem so reichen Leben an Gedanken und Kämpfen fällt eines aber besonders auf: Es ist die Glaubwürdigkeit Willi Eichlers, die Übereinstimmung von Wort und Tat. Er hat Sozialismus als eine Wertüberzeugung verstanden, die sich im täglichen Leben bewähren muß. In diesem demokratischen Sozialismus kann der Mensch niemals bloßer Zweck anderer Menschen oder Organisationen sein und seien deren Zwecke selber noch so hohe Ziele. Sozialismus war für Willi Eichler "Hunger und Durst nach Gerechtigkeit und Schönheit".

Willi Eichler war nach 1945 einige Jahre Bezirksvorsitzender im Bezirk Mittelrhein. Aufgrund dieser Tatsache fühlen wir uns, mehr noch als andere, seinen Ideen und Grundüberzeugungen verbunden. Dies hat uns auch veranlaßt, eine Bildungsstätte einzurichten und ihr den Namen "Willi-Eichler-Bildungsstätte" zu geben. Wir wollen dazu beitragen, daß Willi Eichler und seine Ideen wieder einem größeren Kreis von Menschen bekannt und von ihnen verstanden werden. (-/21.10.1981/vö-hc/ca)

+

+

+



Letzter Versuch ?

Zum neuen Gewerkschaftsanlauf der CSU

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Eine schöne Kumpanei ist das, die in dieser Woche Franz-Josef Strauß dem Deutschen Gewerkschaftsbund aufzudrängen versucht. Sein Zuschläger Stoiber mußte eigens dafür ein "Papier" vorlegen. Was man darüber in den Zeitungen las, läßt vermuten, daß dieses Schwarzbuch mit zu den glitschigsten Politpapieren gehört, die in der letzten Zeit unter die Presse gebracht worden sind.

Sie könnten es mit dem DGB besser als jede andere Partei, meinen die CSU-Oberen. Und dann breiten sie in der Presse ihr unverwechselbares Angebot aus: Kernkraft ohne Wenn und Aber, kommerzielles Fernsehen verkabelt und verkauft und innere Sicherheit nach CSU-Manier. Das sind gleichsam die schwarzen Lockvögel. Ist das nichts?

In der Tat, das ist schon was - und was für was, sagt man bei uns in Norddeutschland. Man fährt rechts außen in der deutschen Politik und glaubt, ausgerechnet auf dieser Route den DCB anzutreffen. Was da zusammengeschrieben worden ist, langt noch nicht einmal, um das Mißtrauen der Jungen Union aus der Welt zu schaffen.

Bemerkenswert an dieser CSU-Schrift ist, wie so oft bei Schwarzbüchern, was nicht drinsteht: zum Beispiel wie Strauß immer wieder gegen den Verhandlungsteil des Nato-Doppelbeschlusses polemisiert und dabei zu erkennen gibt, daß er offensichtlich nur scharf auf die Nachrüstung ist. Das aber ist in keinem Wort und in keiner Zeile zu vereinbaren mit dem Friedensappell des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Arbeitnehmerschaft als Kumpan der Strauß'schen Rüstungspolitik - man muß schon eine verdrehte Phantasie haben, um auf einen solchen Gedanken zu kommen.

Verschwiegen wird auch die tatsächliche Rolle der CSU in der Innenpolitik. Die Schwarzen im Bundesrat wollen zwar den Schnapspreis unverändert lassen, aber demgegenüber die Unterstützung für einen arbeitslosen Familienvater kürzen. Außerdem jucken sie die Karenztage im Krankheitsfall. Vom Verbot der Leiharbeit halten sie nichts. Unter der Überschrift "Sozialhilfereform" soll die Armutsschwelle neu definiert werden.

Die Eingriffe in die Leistungsgesetze können bei der CSU gar nicht groß genug sein. Das ließe sich auf langer Latte belegen. Strauß selbst hat die Generallinie definiert. "Ich bin der deutsche Thatcher", sagte er nach einem Besuch in London. Darauf sind die Gewerkschafter und die Arbeitnehmer in Deutschland gerade scharf.

Im Ernst: Die Arbeitnehmer wissen ganz genau, was "Thatcherismus" für sie und ihre Gewerkschaften bedeuten. Die CSU läßt ja auch keinen Zweifel daran, daß sie zum Beispiel das Betriebsverfassungsgesetz zu Lasten einer solidarischen Vertretung der Arbeitnehmerinteressen durch Einheitsgewerkschaften ändern würde - hätte sie die politische Macht dazu. Von der paritätischen Mitbestimmung ganz zu schweigen.

Die Gewerkschaften haben in diesen Wochen ganz sicher manches Problem mit der Bundesregierung und der Koalition auszumachen. Im Prozeß des strukturellen Wandels der Soer Jahre Kurs zu halten und dabei kraftvoll Arbeitnehmerinteressen zu vertreten, ist und bleibt für sie unverzichtbar. Das gilt für alle Industrieländer und gegenüber allen Regierungen. Wer allerdings vom "Schwarzen Papier" der CSU gehört hat, weiß genau, daß ein Umweg über München, zu dem Strauß ausgerechnet den DGB zu locken versucht, nur bedeuten würde, auf Abwege zu geraten.

(-/21.10.1981/va-hc/ca)

+

+

+



Höchst zweifelhafte Regelung

Das Ehegatten-Splitting ist überreif

Von Renate Schmidt MdB

Mitglied im Ausschuß Jugend, Familie und Gesundheit

Die Nachricht kam nicht unerwartet. Das anhaltende konjunkturelle Tief, verstärkt durch die allgemein bekannten rezessiven Wirtschaftsfaktoren, haben den Haushalt für das Jahr 1982 erneut ins Zeretre gebracht.

Das Kabinett wird sicher nicht in die Schublade greifen und fertige Konzepte vorlegen. Die Koalitionspartner werden erneut ihre Kompromißfähigkeit unter Beweis stellen müssen. Dabei muß politische Leitlinie sein, daß die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ihren Konsolidierungsbeitrag bereits geleistet haben. Weitere Kürzungen von Sozialleistungen können nicht hingenommen werden.

Ehegatten-Splitting ist sozial unausgewogen und bringt steuerliche Ungerechtigkeiten mit sich. Profitieren können Ehepaar ohne Kinder und Großverdiener, bei denen ein Ehepartner nicht berufstätig ist. Dabei ist es völlig unerheblich, ob Kinder zu betreuen sind oder nicht. Eine, auch familienpolitisch, höchst zweifelhafte Regelung.

Welche Möglichkeiten zur Änderung gibt es? Bisher wurden gegen alle Ansätze organisatorische Bedenken geltend gemacht. Folgende Vorschläge, die beide eine Beschränkung, nicht eine Abschaffung des Ehegatten-Splitting zur Folge hatten, seien hier unterbreitet:

1. Wie beim Kindergeld sollen alle Steuerpflichtigen gleich behandelt werden. Für den zu unterhaltenden Ehegatten soll ein einkommensabhängiger Pauschalbetrag von der Steuerschuld abgezogen werden. Dieser Vorschlag wird wahrscheinlich wegen fester Einkommensgrenzen mit dem freidemokratischen Koalitionspartner nur schwer durchsetzbar sein. Oder
2. Gleichbehandlung aller Steuerpflichtigen und Abzug eines prozentualen Anteils von der Steuerschuld, der von der Anzahl der Kinder abhängig ist. Der Betrag, der sich aus diesem System ergibt, darf eine bestimmte Grenze nicht überschreiten. Mein Vorschlag:
 - für Verheiratete mit Kinder als Maximum 700 DM,
 - für Verheiratete ohne Kinder 500 DM als Höchstgrenze.

Der Beweis der organisatorischen Unmöglichkeit solcher Vorschläge muß erst noch erbracht werden.

Das Problem liegt tiefer. Jeder Bundesbürger kann einen gewissen Grad an finanziellen Einbußen verkraften und ist bereit, Nachteile zu akzeptieren. Das Ende der Akzeptanz ist da erreicht, wo offensichtlich Großverdiener aus dem Vollen schöpfen können. Das Ehegatten-Splitting ist das klassische Beispiel eines großzügigen Steuergeschenkes.

Mit beiden Vorschlägen würden endlich die Gutverdienenden unserer Gesellschaft zu einem Konsolidierungsbeitrag veranlaßt, und diejenigen, die ihren Beitrag weiß Gott schon geleistet haben, entlastet. Dies wäre ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und mehr Glaubwürdigkeit der Politiker. Sozialdemokraten haben neben dem Anspruch auf Steuergerechtigkeit noch ihre familienpolitischen Vorgaben mit mehr Leben zu erfüllen.

(-/21.10.1981/vo-he/ca)



Bundesregierung am Zug

"Ladenhüter" im Verbraucherschutz

Von Dr. Anke Martiny MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Es geschieht nicht allzu häufig, daß Bundesrat und CDU/CSU-Fraktion bei der Bundesregierung Gesetzgebungsverfahren anmahnen; das Gegenteil ist häufiger: Die angebliche "Gesetzesflut" gehört zum Standardvokabular der Oppositionsparteien, an der sie unermüdlich Kritik üben. Der Punkt, an dem Bundesrat und Opposition vereint Anstoß nehmen, betrifft "Haustürgeschäfte und ähnliche Geschäfte". Dazu hat der Bundesrat in seiner 504. Sitzung am 9. Oktober 1981 eine Entschließung beschlossen, und die CDU/CSU-Fraktion brachte mit der Drucksache 9/894 eine denselben Sachverhalt betreffende Kleine Anfrage ein. Quintessenz aus beidem: Einen Gesetzentwurf vorzulegen, der dem rechtspolitischen Bedürfnis abhilft, "durch ein befristetes Widerrufsrecht die Position des Verbrauchers in solchen Fällen zu stärken, in denen er typischerweise unter Ausnutzung einer Überraschungssituation zu einem Vertragsabschluß gedrängt wird".

Weniger juristisch heißt dies: Es kommt sehr häufig vor - am häufigsten auf sogenannten "Kaffeefahrten" -, daß Menschen von Verkäufern auf der Straße oder in ihren Wohnungen überrascht werden, die ihnen Waren oder Dienstleistungen wortgewaltig anpreisen und ihnen zum Schluß einen Kaufvertrag anbieten, den die überrumpelten Käufer unterschreiben. Oft tun sie dies, um den redseligen Verkäufer oder Vertreter endlich loszuwerden - sehr häufig mit dem vagen Hintergedanken, vom Kaufvertrag später zurückzutreten, weil sie sich ungenau erinnern, daß man dies ja kann. Dabei übersehen die Käufer, daß das Rücktrittsrecht bei Kaufverträgen auch nur dann gilt, wenn diese Verträge auf Ratenzahlungsbasis abgeschlossen sind, nicht dagegen, wenn die gesamte Kaufsumme auf einmal entrichtet werden muß.

Einen Gesetzentwurf, der diese Lücke schließen sollte, hat der Bundesrat auf Betreiben Bayerns bereits 1975 eingebracht und 1976 erneut vorgelegt. Trotz dieser Vorstöße kam in der vergangenen Legislaturperiode kein Gesetz zustande, weil insbesondere der kleine Koalitionspartner dieses Gesetz nicht für erforderlich hielt und man sich außerdem damit herausreden konnte, daß in Brüssel ein Richtlinienentwurf anhängig sei. Bisher zeichnet sich allerdings nicht ab, ob und wann aus den Brüsseler Bemühungen auch Fakten werden. Dies ist um so erstaunlicher, als die marktstarken Unternehmen, die im



Direktvertrieb anbieten und ein Rücktrittsrecht bereits gewähren, selbst auf die Verabschiedung eines solchen Gesetzes drängen, damit es ihnen leichter wird, die Schwarzen Schafe ihrer Branche zu verfolgen.

Die Entschließung des Bundesrates hat zum Ziel, durch parallele Anstrengungen in Brüssel und Bonn das Gesetzgebungsverfahren endlich abzuschließen. In sieben Punkten präzisiert der Bundesrat seine Vorstellungen, denen aus der Sicht der Verbraucherpolitiker der SPD-Fraktion nur beigespflichtet werden kann: Der Anwendungsbereich des Gesetzes soll möglichst deutlich und vorhersehbar zum Ausdruck kommen, ohne daß eine perfektionistische Aufzählung einer Vielzahl von Fallgestaltungen die Übersichtlichkeit erschwert; eine Bagatellklausel soll das Widerrufsrecht dann ausschließen, wenn die Leistungen bei Abschluß der Verhandlungen sofort erbracht und bezahlt werden und das Entgelt gering ist; auch Dienstleistungen sollen einbezogen werden, allerdings Versicherungsverträge, bei denen auf Wunsch des Kunden sofort eine vorläufige Deckungszusage erteilt wird, müßten ausgenommen bleiben.

Der Bundesrat behält sich vor, zu gegebener Zeit erneut einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen. Vorab bittet er allerdings die Bundesregierung, selbst einen Gesetzentwurf vorzulegen, "sobald entweder die Arbeiten auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaften in ein genügend aussichtsreiches und konkretes Stadium getreten sind, um parallel dazu die Beratungen für ein nationales Gesetz in den parlamentarischen Körperschaften sinnvoll voranbringen zu können, oder sich ein Scheitern oder unangemessenes Verzögern der Arbeiten auf dieser Ebene abzeichnet".

Deutlicher kann man wohl nicht zum Ausdruck bringen, daß man ein Gesetz für dringend hält. Die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion läuft in dieselbe Richtung. Nun ist die Bundesregierung am Zug. (-/21.10.1981/vo-he/ca)

+

+

+



Zurückhaltung wäre besser

Fragwürdige Preiserhöhung der Ruhrkohle

Von Klaus Kübler MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Energie und Umwelt der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Die Ruhrkohle AG erhöhte mit Beginn der Heizperiode zum 1. Oktober dieses Jahres ihre Listenpreise durchschnittlich um vier Prozent. Mir scheint die Ruhrkohle AG hierbei nicht sehr gut beraten gewesen zu sein, als sie beschloß, dieses Jahr ein zweites Mal ihre Listenpreise zu erhöhen. Die von ihr nach den vorliegenden Informationen dafür angegebenen Gründe, sie habe damit die Marktmöglichkeiten ausgenutzt mag zwar betriebswirtschaftlich motivierend sein, ist aber energiewirtschaftlich nicht überzeugend.

Die Kohle, die endlich wieder einen sicheren und zunehmenden Energiemarktsanteil hat, sollte durch ihre Preisgestaltung deutlich Zeichen setzen und in die Preistreiberei auf dem Energiesektor steuernd eingreifen. Sie sollte weder die Preistreiberei auf dem Ölsektor noch jetzt - immer stärker werdend - die auf dem Erdgassektor mitmachen. Im Rahmen der deutschen Energiemarkt- und Energiepreispolitik hat hier die deutsche Kohle eine zurückhaltende und damit mitsteuernde Preispolitik zu betreiben. Ein Schönheitsfehler besonderer Art ist, daß die erhöhten Preise bei der Ruhrkohle AG mit den erkennbar fallenden Ölpreisen zusammenfallen.

Das gute Image, das sich die deutsche Kohle wieder zulegen konnte, ist sehr leicht auch weider zu verspielen.

(-/Zl.10.1981/hi/ca)

+ + +